

Revolution.“ Vorausgesetzt das Konzept geht auf und es finden sich genügend Kunden, die bereit sind, Geld und Keller für die „ZuhauseKraftwerke“, wie sie im Lichtblick-Jargon heißen, zur Verfügung zu stellen.

Interessant sind die Anlagen vor allem für Wohnungsbaugesellschaften oder Hausbesitzer, die ohnehin mit dem Gedanken spielen, ihre altersschwache Heizung zu ersetzen.

Für einen Pauschalbetrag von rund 5000 Euro wird die von Lichtblick-Technikern abgerissen, entsorgt und durch ein VW-Blockheizkraftwerk samt Wärmespeicher, Daten- und Stromnetzanschluss ersetzt. Mit Reparaturen oder Wartung haben die Kunden fortan nichts mehr zu tun. Sie bezahlen an Lichtblick nur noch die tatsächlich verbrauchte Heizwärme, und die soll deutlich billiger sein als bei einer gleichwertigen Gasheizung. So zahlt Lichtblick den Hausbesitzern eine Miete für die Nutzung der Kellerräume, und am Ende eines jeden Jahres soll es einen „ertragsabhängigen Umweltbonus“ für die Kunden geben. Denn die Kleinkraftwerke erzeugen eben nicht nur Heizwärme für die angeschlossenen Haushalte, sondern auch Strom. So finanziert sich das gesamte System.

Dank der ausgetüftelten Steuerung und einer permanenten Internetüberwachung der Systeme soll der Betrieb der Anlagen so optimiert werden, dass die Wärme- und Warmwasserspeicher in den Kellern der Kunden möglichst dann aufgeheizt werden, wenn am Markt gleichzeitig auch großer Strombedarf besteht.

Das ist immer dann der Fall, wenn sich beispielsweise Wetterlagen ändern und Millionen Windräder in Deutschland nur noch wenig oder gar keinen Strom in das Netz einspeisen. Dann, erklärt Lücking, kann Lichtblick blitzschnell reagieren und die fehlende Menge über die installierten Blockheizkraftwerke im gesamten Bundesgebiet ins Netz abgeben.

Für den geplanten Großausbau der regenerativen Energien wäre das ein weiterer Durchbruch. Durch die schnellen Reaktionszeiten der kleinen Gaskraftwerke könnte ohne größere Gefahren deutlich mehr Ökostrom in die Netze eingespeist werden als bisher geplant.

Den etablierten Stromversorgern hingegen droht mit dem neuen Konzept eine empfindliche Schlappe. Ihre milliarden-schweren Schattenkraftwerke, die sie heute mit hohen Renditen für den Ausgleich von Stromschwankungen vorhalten, könnten durch die deutlich preisgünstigeren und flexibleren VW-Kraftwerke verdrängt werden.

Spätestens dann könnte den Bossen der großen Stromversorger auch das milde Lächeln über ihre kleinen Hamburger Konkurrenten vergehen.

FRANK DOHMEN



Bankenplatz Zürich: Das Geschäftsmodell ist akut bedroht

FINANZEN

## Panik im Paradies

Das deutsche Finanzministerium will das Schweizer Bankgeheimnis schleifen. Die Chancen stehen gut. Steuersünder leben künftig gefährlich.

**T**ermine wie am vergangenen Mittwochmittag empfindet Steuerberater Rainer Krieg als reine Routine. Ein Schweizer Vermögensverwalter hatte ihn angerufen und um einen möglichst schnellen Hausbesuch gebeten. Krieg ist so eine Art Notarzt für Steuersünder, die nicht mehr weiterwissen.

Irgendwo in Zürich, in einem Sitzungszimmer einer Privatbank, traf der Problemlöser schließlich auf einen deutschen Unternehmer und dessen Ehefrau – beide um die 70 Jahre alt, mit schweißnassen Händen und über 500 000 Euro Schwarzgeld auf dem Konto.

Vor 30 Jahren hatte der Handwerker das Geld heimlich in die Schweiz geschafft. Jetzt wollen seine zwei Kinder damit nichts mehr zu tun haben. Sie wollen keine Sünden erben und verlangen von ihren Eltern, „reinen Tisch zu machen“, sagt Krieg.

Solche Fälle häufen sich. „Ich werde beinahe täglich zu Schweizer Banken gerufen“, sagt Krieg, dort säßen dann die verängstigten Kunden, denen er „die Möglichkeit einer Selbstanzeige beim deutschen Fiskus“ aufzeigt.

Im Paradies herrscht Panik. Immer neue Hiobsbotschaften erschüttern die Cheftagen der helvetischen Geldhäuser, die mit über zwei Billionen Schweizer Franken ein Viertel des globalen privaten Auslandsvermögens verwalten. Ihre Schwarzgeldkunden sind in heller Aufregung, denn rund um den Globus wollen Finanzminister das vermeintlich wasserdichte Bankgeheimnis nicht länger dulden.

Vor zwei Wochen erreichten die USA in einem Vergleich mit der Schweiz die Offenlegung von über 4400 Kontobeziehungen der UBS mit amerikanischen Steuersündern. Vor einer Woche gab der französische Haushaltsminister bekannt, über Informanten an über 3000 Datensätze von Schweizer Banken gelangt zu sein.

Am Dienstag dieser Woche folgt der nächste Schlag. Dann beginnen in Bern bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung um elf Uhr die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz über neue Regeln des Informationsaustausches.

Das Ziel ist aus deutscher Sicht klar: Die Ermittlungen der Steuerfahnder dürfen nicht mehr an der Landesgrenze enden. Künftig soll der hiesige Fiskus bei Verdacht auf Steuerhinterziehung auf dem schnellen Weg der Amtshilfe Kontodaten aus der Schweiz bekommen. Das bedeutet für Ausländer faktisch das Ende des Bankgeheimnisses.

Die erfolgsverwöhnte Branche der helvetischen Privatbanker trifft das Ende der Heimlichtuerei zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Die Finanzkrise ließ die verwalteten Vermögen arg schrumpfen, überall streichen die Manager kostspielige Privilegien und lagern ganze Abteilungen aus. „Wir müssen in den nächsten Jahren härter für unser Geld arbeiten“, meinte Julius-Bär-Chef Boris Collardi vergangene Woche auf einer Bankenkonferenz in Zürich.

Vielleicht fühlt er sich in diesen Tagen schmerzhaft an eine Aussage des ehemaligen Verwaltungsratspräsidenten erinnert.



HENNING SCHWACHT / ACTION PRESS

**Minister Steinbrück:** *Die Gegenseite steht unter massivem Druck*

Das Bankgeheimnis mache „fett“, aber auch „impotent“, schrieb Hans J. Bär einst in seinen Memoiren. Allein die deutschen Sünder sollen nach Schätzungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft in der Schweiz rund 300 Milliarden Schweizer Franken bunkern. Dieses Geschäftsmodell ist nun akut bedroht.

Vor wenigen Monaten hatte Finanzminister Peer Steinbrück dem Nachbarstaat mit der Kavallerie gedroht. Jetzt setzt „Peitschen-Peer“, wie ihn die Schweizer gern nennen, auf die Verhandlungslösung. Mit dieser Strategie war Steinbrücks Vorgänger Hans Eichel vor sieben Jahren allerdings noch gescheitert.

Während der SPD-Rentner heute in Talkshows die Schweizer Banken als „Rosenpickler“ geißelt, reagierte er in seiner Amtszeit weniger hart. In den Verhandlungen über das sogenannte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) weigerten sich die Eidgenossen 2002, Auskünfte bei einfacher Steuerhinterziehung zu liefern. Nur wenn der deutsche Fiskus mit Hilfe gefälschter Bilanzen und Dokumente betrogen wurde, wollte die Schweiz auf dem kurzen Dienstweg helfen.

Für dieses Entgegenkommen zahlten die Deutschen zudem einen hohen Preis. Eichels Unterhändler mussten als Gegenleistung die Gewinnausschüttungen deutscher Tochterfirmen an ihre Schweizer Konzernmütter von den Steuern befreien. Kostenpunkt: 160 Millionen Euro pro Jahr.

Am Dienstag beginnt der DBA-Poker aufs Neue, und dieses Mal verfügt Berlin über deutlich bessere Karten. Die Gegenseite steht unter massivem Druck und kommt um Zugeständnisse nicht herum.

Die größte Finanzkrise der Nachkriegszeit sorgte in den vergangenen Monaten für eine internationale Ächtung der Schwarzgeldoasen. Auch US-Präsident Barack Obama will nun „Steuerflüchtlinge verfolgen“. Selbst Jean-Claude Juncker, Regierungschef des Steuerparadieses Luxemburg, musste bereits einräumen: „Es kann nicht Aufgabe europäischer Finanzplätze sein,

sich auf Kosten ihrer Nachbarn zu bereichern.“

Wer sich künftig weiter querstellt, dem droht der Eintrag auf einer grauen Liste. Die Standards der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zum Austausch von Steuerinformationen gelten fortan als Mindestanforderung.

Die Zeit „des Bankgeheimnisses als Schutzschild für Steuerflüchtlinge geht zu Ende“, heißt es in einer Erklärung der OECD vom vergangenen Mittwoch. Kanalinseln wie die Isle of Man erklärten sich im März bereit, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Vergangene Woche knickte Liechtenstein ein.

Nun folgt die Schweiz. Insgesamt zwölf solcher Abkommen muss sie abschließen, um nicht am Pranger der OECD zu stehen. Staaten wie Österreich, Norwegen, Luxemburg, Dänemark oder Frankreich sind bereits abgearbeitet.

Doch nicht überall, wo Informationsaustausch draufsteht, steckt er auch drin. Die entsprechenden Textpassagen in den bereits unterschriebenen Abkommen sind zwar fast wortgleich – aber eben nur fast. Während das kleine Dänemark für eine Auskunft den genauen Namen und die Adresse des Schweizer Schwarzgeldverwalters wissen muss, gilt das nicht für das mächtige Frankreich. Die Franzosen können die Namen und Adressen liefern, „sofern bekannt“.

Die USA bekommen von den Eidgenossen sogar noch viel mehr. Nach dem Geständnis eines Ex-Beraters über die Methoden der UBS und zähen Verhandlungen mit der US-Regierung liefert die größte Schweizer Bank von sich aus die Namen amerikanischer Kunden. Die Auswahl erfolgt nach zuvor festgelegten Kriterien.

Für Konrad Hummler, umtriebiger Teilnehmer von Wegelin & Co., der ältesten Bank der Schweiz, kommt der UBS-Vergleich einem Sündenfall gleich. Er spricht von „Treuebruch“, die Kunden seien hintergangen worden.

Hummler begreift das Bankgeheimnis als eine Art Menschenrecht gegen die Raubzüge des Staates. Die Amerikaner hält er dabei für besonders gefährlich. „Die USA gehören zu den aggressivsten Nationen überhaupt.“

So mancher Deutsche geht nun davon aus, „dass Finanzminister Steinbrück von den Schweizern dasselbe fordern wird wie die Amerikaner im Fall UBS“, sagt Steuerberater Krieg. Seine Mandanten sind meist schon im Rentenalter. Für diese Generation „war die Schweiz ein sicherer Ort, fernab von Kriegs- und Inflationsgefahren“. Nur mit der Gefahr Steinbrück rechneten Kriegs-Kunden nicht.

Das deutsche Finanzministerium will sich zu seiner Strategie in den kommenden Verhandlungen nicht äußern. Die diplomatische Schiene ist jedoch nicht der einzige Weg zu den ersehnten Kontodaten. Steinbrücks Experten tüfteln heimlich an einem zweiten Zugang zu den helvetischen Tresoren.

Vor Monaten schon deckte eine Umfrage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die umfangreichen Geschäfte deutscher Banken in Steueroasen wie Schweiz oder Liechtenstein auf (SPIEGEL 13/2009). Dabei fiel beispielsweise die Genfer Tochter der Deutschen Bank als besonders eifrig bei der Errichtung undurchsichtiger Stiftungen auf.

Aber wie kann die Regierung die deutschen Banken dazu bringen, in einem anderen Land fragwürdige Geschäfte aufzugeben?

Mit einem Trick: Nicht nur Drogenhandel, sondern auch Steuerhinterziehung gilt als Vortat für Geldwäsche. Darum verschärfte das Finanzministerium die Vorschriften für die „gruppenweite Umsetzung von Sorgfaltspflichten gegen Geldwäsche“.

Jetzt arbeiten die BaFin-Spezialisten an den Vorschriften für die genaue Umsetzung in den Bankkonzernen. „Der Geldwäschebeauftragte soll vollen Zugriff auf die Daten der ausländischen Töchter erhalten, die er bei Bedarf an die Aufsicht abliefern muss“, erzählt ein Frankfurter Insider. Auf diesem Weg ließe sich wohl so manches Amtshilfesuchen an die Schweiz umgehen, wird bereits spekuliert. Die BaFin will dazu keine Stellung nehmen.

Deutsche Steuersünder leben jedenfalls immer gefährlicher. Aber längst nicht alle liebäugeln mit einer Selbstanzeige. Die einen pokern weiter und hoffen, nicht entdeckt zu werden. Die anderen „lassen prüfen, ob eine schnelle Auswanderung in die Schweiz möglich ist und was das kostet“, sagt der Zürcher Wirtschaftsanwalt Daniel Fischer.

Steuerberater Krieg wohnt mit seiner Familie schon seit acht Jahren im Kanton Zürich. Noch heute muss er jedes zweite Wochenende sein Heimweh kurieren – mit seiner Dauerkarte für die Spiele von Eintracht Frankfurt.

BEAT BALZLI